

Nürnberg, 15. 5. 2015 – Sie ergreift als Diplomatin das Wort für Menschen, die nicht genug zu essen haben. Hilal Elver, seit 2014 UN-Sonderberichterstatteerin für das Recht auf Nahrung, besucht den „Konvent für das Menschenrecht auf Nahrung“ in Nürnberg. Die türkische Juraprofessorin spricht im Interview über Flüchtlinge, Handelsmächte und Europas Verantwortung.

Frau Elver, Sie sind gerade aus dem Senegal gekommen. Haben Sie, was die Ernährungslage betrifft, gute oder schlechte Nachrichten von dort?

Hilal Elver: Ich war dort beim Jahrestreffen der „International Land Coalition“. Die Organisation zeigt sich sehr besorgt über den Landraub. Er ist in ganz Afrika ein riesiges Problem. Die Landbevölkerung verliert ihre Existenzgrundlage, weil Regierungen Deals mit Konzernen und Investoren machen. Ich hatte in Dakar kaum Zeit, mich umzusehen, aber mir ist sofort aufgefallen, dass es neben der Armut eine reiche Elite gibt, die große Gärten und Wachleute hat. Die soziale Ungleichheit war sehr sichtbar.

Warum verlieren gerade in Afrika so viele Privatleute ihr Land?

Elver: Dort ist ungewöhnlich viel anbaufähiges Land verfügbar, die Eigentumsrechte sind zu 80 Prozent nicht juristisch gesichert, sondern beruhen auf Traditionsrechten. Der Sprachgebrauch ist übrigens interessant. Bei den Vereinten Nationen verwenden wir meist das Wort „umfangreicher Landerwerb“. „Landraub“ klingt einseitiger. Nach der Krise der Lebensmittelpreise 2008 konzentrierten sich viele Länder stark darauf, um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern. Vor allem aber, um Biokraftstoffe und Futtermittel für die Viehhaltung herzustellen. Reiche Länder sind arm an Ressourcen, arme Länder reich an Ressourcen. Saudi-Arabien und reiche Länder des Nahen Ostens, China und europäische Unternehmen kauften Land an, in unglaublich billigen Größenordnungen, für so etwas wie zehn Cent pro Acre.

Wie viele Länder unter den 193 UN-Mitgliedsstaaten leiden unter Hunger und Mangelernährung?

Elver: Ernährungsunsicherheit ist keine Frage von Nationen, sie hängt von der wirtschaftlichen Klasse ab. Aber 90 Prozent der betroffenen Länder sind die am wenigsten entwickelten Länder, vor allem in Afrika und Südasien. In Amerika zählt Haiti dazu. Nach anderen Zählungen lebt ein Fünftel der betroffenen Menschen in Afrika. In Lateinamerika hat sich mit der Wirtschaft auch die Ernährungslage stark verbessert. Kuba und Brasilien zeigten die deutlichsten Erfolge. In Asien war es China.

2015 ist Ihr erstes volles Jahr im Amt, und es ist auch das Jahr eines Eingeständnisses. Das erste Millenniumsziel der Vereinten Nationen, den Anteil der Hungernden von 1990 bis 2015 zu halbieren, ist gescheitert. Warum?

Elver: Die Millenniumsziele waren sehr stark auf Entwicklung im Sinne von Wirtschaftswachstum ausgerichtet. Nachhaltigkeits- und Umweltfragen standen an zweiter Stelle und oft im Widerspruch dazu. Menschenrechtsprinzipien blieben außen vor. Und die Regierungen wurden nicht richtig rechenschaftspflichtig gemacht.

Die UNO formuliert gerade neue Ziele für eine Ära ab 2015. Bis 2030, so der Plan, sollen Hunger und Mangelernährung „beendet sein“. Wie gelingt das?

Elver: Gut ist schon einmal, dass die neuen Nachhaltigkeitsziele direkt auf den Begriff „Ernährung“ Bezug nehmen werden – darauf waren die Millenniumsziele nicht ausgerichtet. Immerhin rücken damit neben 805 Millionen Hungernden auch zwei Milliarden Menschen in den Blick, die als fehl- oder mangelernährt gelten. Die Mangelernährung ist besonders für Kleinkinder ein Problem. Die Prognose, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf neun Milliarden wächst und wir 50 Prozent mehr Lebensmittel bräuchten, ist nicht die Antwort darauf. Diese Mehrproduktion ist wegen ihrer Auswirkungen auf die Umwelt enorm gefährlich. Es gibt Missverständnisse beim Hungerproblem. Hunger heißt nicht zu wenig Essen. Es ist das Problem, keinen Zugang zum vorhandenen Essen zu haben.

Und das heißt?

Elver: Wir können Hunger also nicht isoliert betrachten, sondern müssen die wirtschaftlichen Bedingungen für jene Menschen verbessern, die jetzt pro Tag einen, zwei oder drei Dollar zur Verfügung haben. Viele von ihnen essen nur alle zwei Tage, weil sie sich auf dem Markt nichts kaufen können. Der Ansatz liegt auch im Welthandel. Die Weltwirtschaftsordnung lässt Entwicklungsländer nicht gleichberechtigt teilhaben, ihre Bauern können mit den billigen Importen nicht mithalten. Wir machen vieles falsch, etwa dabei, das Vermögen gerechter zu verteilen oder die Frauen stärker zu unterstützen. Das Schlimmste, was wir falsch machen können, ist, bei der Landwirtschaft die Agroindustrie-Konzerne zu fördern.

Warum?

Elver: Agrobusiness ist einer der Hauptgründe, warum die Arten- und Sortenvielfalt rapide abnimmt. Die Konzerne haben kein Interesse an Selbstversorgung wie Bauern, sondern nur an Gewinn. Wenn der Gewinn stärker zählt als Nachhaltigkeit und die Fürsorge für die Schutzlosen, entfremdet uns das von Ökosystemen. Dabei wäre eine verträglichere Alternative möglich: eine Landwirtschaft mit weniger Chemikalien und Dünger, mehr Saatgutvielfalt. Aber es ist sehr, sehr schwierig, gegen diese mächtigen multinationalen Unternehmen vorzugehen.

Wen rufen Sie in die Pflicht?

Elver: Natürlich Regierungen, sie sind verantwortlich für ihre Handelspolitik. Allerdings sind sie in ihren Entscheidungen vielfach nicht frei und in Entwicklungsländern oft überhaupt nicht unabhängig.

Oder korrupt und ignorant.

Elver: Genau. Aber die G7, die mächtigsten Staaten der Erde, können etwas ändern. Auch Welthandelsforum, Weltbank oder Internationaler Währungsfonds treffen globale wirtschaftliche Entscheidungen. Wir stehen 2015 an einem Wendepunkt. Die UN-Klimakonferenzen in Bonn

im Juni und in Paris im November und Dezember können auch Weichen stellen für eine verantwortungsvollere Landwirtschaft in der Zukunft.

Glauben Sie noch an den Willen der Mandatsträger?

Elver: Nicht ohne die Zivilgesellschaft. Wenn die keinen Druck gegen Wirtschaftsinteressen macht, werden die G7 oder örtliche Regierungen nie etwas ändern. Die Gesellschaft muss ihre Stimme hörbar erheben.

In reichen Ländern hat sie aber Angst vor dem Verzicht, oder?

Elver: Das ist die wichtigste Frage. Sind wir gewillt, unseren Lebenswandel zu verändern, auf kleinerem Raum zu wohnen, nicht überall hinzufahren, nicht jeden Tag Fleisch zu essen – unseren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern? Ich weiß nicht, ob wir dazu bereit sind. Aber wir diskutieren darüber. Es gibt „Occupy Wall Street“ oder den Arabischen Frühling. Bürgerbewegungen für Umwelt und Gerechtigkeit erreichen im Moment keine Mehrheit, können aber zu Wandel führen. Es ist zu früh zu sagen, ob eine Revolution folgen wird.

Bitte antworten Sie auf drei typische Ansichten, die in Mitteleuropa verbreitet sind. Erstens: „Überbevölkerung ist das eigentliche Problem. Es gibt zu viele Leute auf der Welt, so dass es immer Hunger geben wird.“

Elver: Das kann ich nicht verneinen, Überbevölkerung ist ein ernstes Problem. Aber es ist nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist der exzessive Konsum. Der Lebensstil in armen Ländern entspricht einem Bruchteil des Konsums der Industrieländer. Man ist ungerecht, wenn man das nicht mit erwähnt.

Zweitens: „Ich fühle mich hilflos. Entwicklungshilfe erscheint mir sinnlos. Was kann ich persönlich gegen den Welthunger unternehmen?“

Elver: Manchmal denke selbst ich: Wer hört denn zu, wenn ich gewichtige Sätze in meine Berichte schreibe? Das sollte einen Bürger mit sozialem Bewusstsein trotzdem nicht davon abhalten, bei sich selbst

anzufangen, beim Energieverbrauch, Wasserverbrauch oder Fleischkonsum. Familie, Nachbarschaft, Region, Land – das ergibt eine Kettenreaktion. Wenn wir nicht beim Einzelnen ansetzen, wer soll es tun?

Drittens: „Auch in unseren Ländern herrscht Ungerechtigkeit. Wenn ich auf mein Steak verzichte, rettet das keinen Afrikaner.“

Elver: Wir leben in einem globalen Dorf. Wir können die Türen nicht einfach zumachen und fertig. Sie sehen Europa, wie es gerade mit der Flüchtlingsproblematik kämpft. Wir können damit nicht umgehen, ohne unsere Politik zu verändern. Europas Bürger sind nicht verantwortlich für die Kriege im Irak oder in Syrien. Aber Europas Politik ist verantwortlich für Migration aus Afrika. Wenn die EU an Afrikas Küsten Fischereirechte übernimmt oder für die Produktion von Biokraftstoffen riesige Anbauflächen in Afrika pachtet, so hat das indirekte Folgen. Es entzieht Menschen die Lebensgrundlage, arbeitslose Männer fliehen nach Europa, Frauen bleiben als Ernährer übrig. Wir machen Fehler, aber wenn wir sie zehn Jahre später bemerken, müssen wir etwas ändern.

Wie sehr treibt Hunger diese Flüchtlinge auf dem Mittelmeer an?

Elver: Es besteht ein sehr enger Zusammenhang. In Afrika leben 70 Prozent der Menschen auf dem Land als Kleinbauern. Wenn wir die Agrarpolitik verändern, wenn die Dörfer dort eine Lebensgrundlage bieten können, wird die Flüchtlingszahl sinken, das glaube ich. In Syrien wiederum bildete ursprünglich eine schwere Dürre den Hintergrund für den Bürgerkrieg.

Warum ist Hunger noch nicht als Asylgrund anerkannt?

Elver: Das sollte er sein. Das gleiche gilt für den Klimawandel als Fluchtgrund. In Fragen der Menschenrechte gehen die Uhren sehr langsam.

Befürchten die reichen Länder, dass eine Milliarde Menschen dann einwandern wollen?

Elver: Das weiß ich nicht. Niemand möchte gern in einem fremden Land Bürger zweiter oder dritter Klasse sein. Wären die wirtschaftlichen Bedingungen in den Heimatländern besser, würden die Menschen nicht kommen.

Die Konferenz in Nürnberg zielt auf die Gefährdung von biologischer Vielfalt ab. Was genau hat die mit Essen zu tun?

Elver: Artenverlust hat es vom ersten Tag der Erde an gegeben. In den letzten 500 Jahren hatten wir aber ganz wesentliche Verluste, die kaum umzukehren sind. Jede Landwirtschaft greift in Ökosysteme an Land und im Meer ein. Wenn wir jedoch auf drastische, unverantwortliche Weise Landwirtschaft betreiben, um unser Essen zu gewinnen, gefährden wir die Balance der ganzen Erde. Arten- und Sortenvielfalt, Klimawandel, Land- und Lebensmittelwirtschaft hängen sehr eng miteinander zusammen. Sehr viele Konferenzen betrachten immer nur eines der Themen. Wir müssen sie ganzheitlich betrachten, das Schubladendenken beenden.

Ihr Vorgänger Jean Ziegler betont unermüdlich, dass Verhungern heute bedeute, ermordet zu werden. Warum sind Verstöße gegen das Menschenrecht auf Nahrung noch nicht strafbar?

Elver: Ziegler ist nicht verrückt, es auf so dramatische Weise auszudrücken. Die westliche Welt betrachtet die UN-Konvention über die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte nur als Richtlinie. USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Europa haben das Recht auf Nahrung nicht in ihre Verfassungen aufgenommen, es ist nicht justiziabel. Das versuche ich, in meinem Amt voranzutreiben: Regierungen sollten zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie dieses Recht missachten. 28 Länder haben das Menschenrecht auf Nahrung schon in ihren Verfassungen verankert, viele davon in Lateinamerika und Afrika.

Freihandel benachteiligt die Länder des Südens weiter, warnen Entwicklungsorganisationen. Sollten wir Europäer gegen TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, kämpfen?

Elver: Ihr solltet. Vor allem solltet ihr es öffentlich diskutieren, sonst wisst ihr nicht, wogegen ihr kämpft. Es gibt gute und schlechte Dinge darin.

Interview: Isabel Lauer (Nürnberger Zeitung)